

**Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Jugendprotest
im demokratischen Staat“
gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 26. Mai 1981
– Drucksache 9/411 –**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>I. Auftrag und Durchführung</i>	3
Beschluß und Auftrag	3
Mitglieder und Sachverständige	3
Beratungsverlauf	3
Vorliegendes Material	3
Selbstverständnis der Kommission	4
Reaktionen der Öffentlichkeit und der Jugend	4
<i>II. Erscheinungsformen des Jugendprotestes in den letzten Jahren</i>	4
Geschichtliche Hintergründe	4
Bürgerinitiativen, Ökologie- und Friedensbewegung	5
Alternative Lebensformen	5
Passiver Protest	5
Absichten des Protestes	5
Gemeinsamkeiten	5
Umfang der Protestbewegung	6
Zum Engagement von Jugendlichen	6
<i>III. Gründe und Hintergründe der neuen Protestbewegung</i>	6
Gesamtgesellschaftliche Probleme	6
Jugendliche über sich selbst	6
Jugendprotest und Erziehung	6
Jugendprotest und Generationenkonflikt	7
Zur Problematik des Aussteigens	7
Zukunftsangst und Ohnmachtsgefühle	7
Der „neue Mangel“	7
Veränderungen in der Familie	8
Unpersönlichkeit der Gesellschaft	8

	Seite
Jugend ohne Zukunft	8
Neues Engagement	8
Wertwandel und Sinnfrage	8
Bewertung des Wertwandels	9
Jugend und Leistung	9
Politische Einstellungen von Jugendlichen	9
Entfremdung zwischen Jugend und Politik	9
Doppelte Erwartungen an den Staat	9
Erfahrungen mit dem Staat	9
Kritik am Staat	10
Zur Frage der Gewalt	10
Staatliches Gewaltmonopol	10
Legalität und Legitimität	10
Die Frage nach der Amnestie	10
Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz	11
Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern	11
Fragwürdiger Dialog mit der Jugend	11
Vertrauen zurückgewinnen	11
Jugend im Abseits — Gefahr für die Demokratie	12
<i>IV. Lösungsvorschläge</i>	12
Bitte um Kritik	12
Wertgrundlagen der Politik verdeutlichen	12
Umweltpolitik	12
Außen- und Sicherheitspolitik	13
Alternativen verdeutlichen	13
Ursachen von Konflikten beseitigen	13
Jugendarbeitslosigkeit	13
Vorschläge	13
Rechte der Jugendvertreter stärken	14
Zur Förderung alternativer Projekte	14
Schule und Hochschule	14
Vorschläge	14
Familie — Ort der Solidarität und der Geborgenheit	15
Für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Jugend und Staat in der Gemeinde	15
Jugendförderung	15
Kriegsdienstverweigerung	15
Wohnraum als Lebensraum	15
Lösungen zur Hausbesetzerfrage	15
Neuorientierung beim Städtebau	16
Beteiligungsmöglichkeiten für Betroffene erweitern	16
Vielfältige Bedürfnisse im Wohnungsbau berücksichtigen	16
Kontroversen in Parteien austragen	16
Öffnung der Politik	16
Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit	16

	Seite
Ehrenordnung für Parteien	16
Polizeieinsatz und Demonstrationsrecht	17
Dezentralisierung in der Gesellschaft	17
Kleine Einheiten	17
Aktives Engagement und demokratische Entwicklung	17

I. Auftrag und Durchführung

Beschluß und Auftrag

Der Deutsche Bundestag hat am 26. Mai 1981 die Einsetzung der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ beschlossen. Grundlage war die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit (Drucksache 9/411), die den Auftrag der Kommission wie folgt bestimmt:

Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, Ursachen, Formen und Ziele der Proteste junger Menschen, der sich beispielsweise in Demonstrationen, Gewaltanwendung, bewußtem Hinwenden zu alternativen Lebensformen oder teilweise auch in der resignativen Abwendung von der Gesellschaft äußert, zu untersuchen. Dabei sollen auch Erfahrungen, die in anderen europäischen Ländern gemacht wurden, berücksichtigt werden.

Die Enquete-Kommission soll Möglichkeiten für eine Verbesserung des Verständnisses zwischen den Generationen, zwischen Jugend und Politik sowie für eine Förderung von Demokratie- und Staatsverständnis der jungen Menschen aufzeigen. Sie soll prüfen, welche Wege möglich und notwendig sind, um die Lage der Jugend zu verbessern und Spannungen abzubauen, die auf unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebenseinstellungen beruhen.

Es soll auch die Frage geprüft werden, ob gesetzgeberische Maßnahmen insbesondere in den Bereichen der Jugend-, Familien-, Bildungs-, Wohnungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Rechtspolitik erforderlich sind.

Mitglieder und Sachverständige

Für die Enquete-Kommission wurden von den Fraktionen folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages benannt:

CDU/CSU-Fraktion:	Abg. Frau Irmgard Karwatzki Abg. Alfred Sauter (Ichenhausen) Abg. Matthias Wissmann
SPD-Fraktion:	Abg. Rudolf Hauck Abg. Gerhard Schröder (Hannover) Abg. Frau Margitta Terborg
FDP-Fraktion:	Abg. Norbert Eimer (Fürth)

Ferner benannten die Fraktionen als Sachverständige:

- Prof. Dr. Roman Bleistein
- Frau Anke Brunn, MdA
- Prof. Dr. Henrik Kreutz
- Pfarrer Horst Seeger
- Prof. Dr. Johano Strasser

Die Enquete-Kommission Jugendprotest im demokratischen Staat wurde am 2. Juli 1981 konstituiert. Nach Vereinbarung im Ältestenrat bestimmte die Kommission den Abgeordneten Wissmann zum Vorsitzenden und den Abgeordneten Hauck zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Beratungsverlauf

Die Kommission hielt in der Zeit vom 2. Juli 1981 bis zum 31. März 1982 18 Sitzungen ab. Am 23. November 1981 führte sie in Bonn außerhalb des Bundeshauses eine Gesprächsrunde mit jungen Menschen aus den Protestbewegungen und der Alternativszene durch.

Am 30. November 1981 veranstaltete sie eine Anhörung von Sachverständigen; am 1. Dezember 1981 wurden Vertreter von Jugendverbänden befragt. Am 8. und 9. Februar 1982 verschaffte sich die Kommission in Berlin durch Gespräche mit Hausbesetzern, durch den Besuch verschiedener alternativer Projekte, sowie durch einen Gedankenaustausch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Vertretern der Senatsverwaltung sowie mit Mittlern und Paten von Hausbesetzern wie der Evangelischen Kirche, dem Verein SO 36 und dem Sozialpädagogischen Institut einen Eindruck über die Probleme der Protestbewegung vor Ort.

Vorlegendes Material

Zu Beginn ihrer Tätigkeit hat die Enquete-Kommission Jugendprotest im demokratischen Staat einen umfangreichen Fragenkatalog erarbeitet und ihn etwa 140 interessierten Behörden, Dienststellen, Verbänden, Arbeitsgemeinschaften und Einzelpersonlichkeiten, die sich mit Fragen der Jugend und des Jugendprotestes befassen, mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt und umfangreiche Antworten erhalten. Ferner hat die Kommission eine Studie in Auftrag gegeben, die Einstellungen und Motive von Jugendlichen in Alternativ- und Protestgruppen auf wissenschaftlicher Grundlage in Erfahrung bringen

soll. Die Ergebnisse können indessen erst für den Schlußbericht verwertet werden. Schwerpunkt der Tätigkeit der Kommission im Sommer 1982 wird es sein, themenbezogene Stellungnahmen von Sachverständigen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu sammeln, sowie weitere Orte des Jugendprotestes persönlich aufzusuchen.

Die Kommission sieht sich vor die schwierige Aufgabe gestellt, eine Fülle vorliegenden Materials aus den verschiedensten Bereichen zu verarbeiten. Dabei sind vor allem in die Beratungen eingeflossen die Studie des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit „Jugend in der Bundesrepublik heute — Aufbruch oder Verweigerung“ (1981), die Studie des Jugendwerks der Deutschen Shell „Jugend 81, Lebensentwürfe, Alltagskultur und Zukunftsbilder“ sowie die von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen vorgelegten „Thesen zu den Jugendunruhen 1980“ und „Stichworte zum Dialog mit der Jugend“ (1981). In dem Bemühen, einen knappen und lesbaren Text vorzulegen, hat die Kommission darauf verzichtet, umfangreiche statistische Angaben wiederzugeben und alle Bereiche des Jugendprotestes in die Erörterung einzubeziehen. Bei ihrer Arbeit ging die Kommission von einem weitgefaßten Jugendbegriff aus; bei vielen Protesthaltungen sind neben Jugendlichen auch andere Altersgruppen vertreten.

Selbstverständnis der Kommission

Die Einsetzung der Enquete-Kommission wurde maßgeblich ausgelöst durch die spektakulären und von gewalttätigen Auseinandersetzungen begleiteten Protestereignisse der Jahreswende 1980/81. Hierbei ist vor allem an die Hausbesetzungen mit dem Schwerpunkt in Berlin (West) zu denken. Aufgabe der Kommission ist es nicht, einen Bericht zur Lage der Jugend in unserer Gesellschaft zu erstellen. Sie hat sich entsprechend ihrem Auftrag auf Ursachen, Formen und Ziele der Proteste junger Menschen beschränkt. Sie möchte auch mit Nachdruck auf die Anliegen von Jugendlichen hinweisen, die nicht in der Form des Protestes vorgetragen worden sind. Sie appelliert deshalb an die Verantwortlichen, sei es auf staatlicher Ebene, sei es in anderen Bereichen unserer Gesellschaft, diese Anliegen aufmerksamer und einfühlsamer aufzunehmen. Die Kommission sieht es als ihre Aufgabe an, die Sichtweisen der jungen Menschen, auch im Gespräch mit den unmittelbar Betroffenen, möglichst getreu aufzunehmen. Daneben will sie die vorhandenen Erklärungsversuche zusammenfassen, Aussichten für die weitere Entwicklung aufzeigen und Forderungen für die praktische politische Arbeit ziehen. Die Kommission will einen Beitrag dazu leisten, Politikern mehr Verständnis für das Gespräch mit der Jugend zu vermitteln und Jugendliche zu Gesprächen mit politisch Verantwortlichen zu ermutigen. Es geht der Kommission nicht darum, Jugend als Patienten zu behandeln, sondern Schwierigkeiten und Probleme junger Menschen in die politische Diskussion einzubringen.

Reaktionen der Öffentlichkeit und der Jugend

Öffentlichkeit und Gesprächspartner aus der jungen Generation nahmen Einsetzung, Auftrag und mögliche Erfolge der Kommissionsarbeit überwiegend skeptisch und kritisch auf. Besonders beim Gespräch mit dem „Schöneberger Besetzerrat“ wurde deutlich, wie tief die Kluft zwischen einem Teil der Protestierenden und den etablierten Institutionen von Staat und Parteien ist.

Die Kommission erhofft sich von der Vorlage des Zwischenberichtes eine breite Diskussion der von ihr angesprochenen Probleme. Sie wendet sich dabei nicht nur an Parlament, Regierung und Verwaltung, sondern erhofft sich das Interesse einer breiten Öffentlichkeit. Insbesondere ist sie an Reaktionen aus den Reihen der jungen Generation interessiert. Insgesamt sieht die Enquete-Kommission ihre Aufgabe nicht nur darin, junge Menschen an den Staat und seine Institutionen heranzuführen, sondern betrachtet sich auch als Anwalt berechtigter Anliegen der jungen Generation. Die Enquete-Kommission Jugendprotest im demokratischen Staat des Deutschen Bundestages legt hiermit ihren Zwischenbericht auftragsgemäß vor.

II. Erscheinungsformen des Jugendprotestes in den letzten Jahren

Geschichtliche Hintergründe

Der aktuelle Jugendprotest wird von verschiedenen Gruppen geprägt. Er versteht sich selbst keineswegs als Fortsetzung von Protestbewegungen der späten sechziger Jahre. Träger, Ziele und Motive der heutigen Protestströmungen unterscheiden sich in vieler Hinsicht von denen jener Zeit. Während es damals — insbesondere bei der Studentenbewegung — stärker darum ging, politische Ziele auf der Grundlage theoretischer Entwürfe durchzusetzen, ist der heutige Jugendprotest stärker von gefühlsmäßigen und spontanen Bedürfnissen bestimmt. Deshalb kann von einer einheitlichen, theoretischen Grundlage des heutigen Jugendprotestes nicht gesprochen werden. Spontaneität, die von vielen als besonders wertvoll empfunden wird, verhindert zugleich eine durchgehende Organisation der Protestgruppen.

Dies war in der Vergangenheit anders. Nach der Bildung der sozialliberalen Koalition beteiligte sich zunächst ein großer Teil der Mitglieder der Studentenbewegung an der Arbeit der Parteien, insbesondere von SPD und FDP. Zum gleichen Zeitpunkt organisierten sich Lehrlinge, die eine Verbesserung ihrer Ausbildungsbedingungen anstrebten. Zunehmend beteiligten sich auch Jugendliche, die bis dahin nicht in Verbänden organisiert waren, beispielsweise an Initiativen für die Errichtung autonomer Jugendzentren. Schon damals wurden zu diesem Zweck ungenutzte Räume in Anspruch genommen und leerstehende Häuser besetzt.

Die Auseinandersetzungen um die Reform des § 218 des Strafgesetzbuches gaben der Frauenbewegung

zusätzliche Bedeutung. Die Frauenbewegung nahm zu und konzentrierte sich auf die Projektarbeit — Frauengruppen, Frauenhäuser, Frauenzeitschriften, Gesundheitszentren. Heute zeigt die Frauenbewegung Überschneidungen mit dem Jugendprotest.

Bürgerinitiativen, Ökologie- und Friedensbewegung

Die zahlreichen Bürgerinitiativen auf dem Gebiet des Umweltschutzes erhielten durch die Diskussion um die Grenzen des Wachstums und die Umweltgefährdungen in einer modernen Industriegesellschaft neuen Zulauf. Da die Antikernkraftbewegung in der Nutzung der Kernenergie eine Gefährdung der Menschheit sieht, neigt sie dazu, ihre Position kompromißlos zu vertreten. Ein Teil dieser Protestbewegung zeichnet sich durch militantes Verhalten aus. Die Antikernkraftbewegung ist überregional deshalb so erfolgreich, weil das von ihr aufgegriffene Thema alle Kreise der Bevölkerung anspricht.

Ausgehend von der neuerlichen Diskussion um die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Ost und West, formierte sich die Friedensbewegung, die 1981 vor allem auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg und bei der Friedensdemonstration in Bonn zahlreiche junge Menschen mobilisieren konnte. Hier, wie auch in der Dritte-Welt-Bewegung, spielt der Wunsch nach einer moralischen Grundlegung und Neuorientierung politischen Handelns eine ausschlaggebende Rolle.

Ein erheblicher Teil der Protestbewegungen entwickelt sich neben den Parteien. Dennoch bildet sich zugleich aus Bürgerinitiativen und ökologischen Bewegungen der Kern einer neuen grünen Partei.

Ein Teil der Protestbewegung ist durch Gewalttätigkeit und militantes Verhalten in Erscheinung getreten. Außerdem äußern rechts- und linksextremistische Gruppen ihren Protest gegen den Rechtsstaat und seine auf Freiheit und Recht angelegte Lebensordnung.

Daneben ist in den letzten Jahren ein verstärktes Auftreten nicht politisch motivierter Krawalle zu beobachten. Gewalttätigkeiten in Fußballstadien beispielsweise deuten auf angestaute Aggressionen nicht nur von Jugendlichen hin und können nicht als Reaktion auf politische Mißstände gewertet werden.

Alternative Lebensformen

Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich in Hinwendung zu alternativen Lebensformen eine besondere Form des friedlichen Protestes gezeigt. Vielerorts entstanden alternative Handwerksbetriebe, Landkommunen, Therapieeinrichtungen, Verlage, Theatergruppen. Genauso vielfältig wie die Zahl der alternativen Projekte sind auch ihre Ziele. Bei aller bunten Vielfalt alternativer Projekte und Lebensformen lassen sich dennoch einige gemeinsame Merkmale ausmachen. Dazu gehören vor allem solidarisches und selbstbestimmtes Arbeiten, Gleichstellung aller Gruppenmitglieder, gleiche, allenfalls sozial abgestufte Bezahlung, weitgehende Abkehr vom

Vorrang des Gewinnprinzips, Abbau der Arbeitsteilung und der einseitigen Spezialisierung, ökologische Verantwortung bei der Herstellung und Gestaltung der Produkte, Wiederherstellung der Einheit von Leben, Wohnen und Arbeiten.

Passiver Protest

Neben den Protestformen, wie sie sich in den siebziger Jahren entwickelt haben, prägen — vom Umfang her heute möglicherweise noch bedeutsamer — passive Protestformen das Verhalten vieler Jugendlicher. Hierzu zählen vor allem die Selbstzerstörung durch Alkohol, Drogenmißbrauch, Selbstmorde, Selbstmordversuche und die Flucht in Jugendsekten. Beweggründe und Ursachen dieser Formen des Protestes sind sicher nicht allein auf soziale oder politische Probleme zurückzuführen. Hier spielt auch die Persönlichkeit der Betroffenen eine Rolle.

Absichten des Protestes

Von allen Formen des aktiven Jugendprotestes in der jüngsten Vergangenheit haben die Auseinandersetzungen um Kernkraftwerke, um den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens sowie um die Hausbesetzungen am meisten Aufmerksamkeit erregt. Bei den ersteren sind die Gefahren für eine lebenswerte Umwelt sowie die Sorge angesichts der als lebensbedrohend empfundenen Nukleartechnik beherrschende Motive. Die Hausbesetzer hingegen klagen zunächst eine ihrer Ansicht nach verfehlte staatliche Sanierungs- und Wohnungsbaupolitik an. Außerdem geht es ihnen um neue Formen der Arbeit, des Wohnens und des Lebens. Daneben gibt es unter Hausbesetzern auch sozial Benachteiligte, Arbeitslose und Menschen, die einfach ein Dach über dem Kopf suchen.

Bei Umweltschützern, Kernkraftgegnern, Anhängern der Friedensbewegung und einem großen Teil der Hausbesetzer steht die Frage nach einer gesicherten persönlichen und gesellschaftlichen Zukunft im Vordergrund. Sie begegnen deshalb einer politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, die sich in herkömmlichen Gleisen bewegt und nur das Bestehende fortschreiben will, mit Skepsis oder Ablehnung. Diese Haltung kommt etwa in dem Schlagwort „no future“ („keine Zukunft“) zum Ausdruck.

Gemeinsamkeiten

Insgesamt ist oft ein rascher Wechsel der Ziele, Themen und Anlässe für den Jugendprotest festzustellen. Eine gemeinsame politische Stoßrichtung des heutigen Jugendprotestes gibt es dabei nicht. Ebenso wenig gibt es ein großes, alle Protestgruppen bewegendes Thema. Allerdings lassen sich vielfältige innere Verbindungen zwischen einzelnen Themen und Anlässen des Jugendprotestes nachweisen. Dies gilt etwa für das Empfinden vieler, daß das Leben grundlegend bedroht sei und für ihre Befürchtung, daß eine Politik herkömmlicher Art dieser Herausforderung nicht gerecht werden kann. Dies zeigt sich deutlich in den gemeinsamen Motiven ver-

schiedener Protestbewegungen und Jugendinitiativen sowie in inneren thematischen Zusammenhängen, etwa zwischen den weltweit wachsenden Rüstungsausgaben und der zunehmenden Verelendung in den Entwicklungsländern. Deshalb wundert es nicht, daß häufig die gleichen Gruppen zu verschiedenen Themen aktiv werden.

Umfang der Protestbewegung

Der zahlenmäßige Umfang der Protestbewegung ist schwer einzuschätzen. Der aktive Protest umfaßt sicher nur einige Prozent der Jugendlichen. Daneben indes gibt es eine große Gruppe, die unzufrieden ist und Protestaktionen und deren Anliegen für richtig hält, ohne selbst auf die Straße zu gehen.

Zum Engagement von Jugendlichen

Zur Wirklichkeit der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland gehört aber nach wie vor der große Teil der Jugend, der sich seiner sozialen, gesellschaftlichen und politischen Verantwortung bewußt ist und in Jugendorganisationen aktiv mitarbeitet. Die Jugendverbandsarbeit mit ihren Zielsetzungen spricht viele Jugendliche an. Die vielfältigen Angebote der Verbände und Vereine fördern die persönlichen Neigungen und Begabungen junger Menschen und wecken den Sinn für Gemeinschaft.

III. Gründe und Hintergründe der neuen Protestbewegung

Gesamtgesellschaftliche Probleme

Die Frage nach den Gründen und Hintergründen der neuen jugendlichen Protestbewegung stand von Anfang an im Mittelpunkt der Beratungen der Enquete-Kommission.

Zweifellos ist das Bild des gegenwärtigen Protestes stark von Jugendlichen geprägt. Auf Grund vorliegender Untersuchungsergebnisse und Erfahrungsberichte muß man indes davon ausgehen, daß es in der Sache weniger um Probleme der Jugend als um solche der gesamten Gesellschaft und um die Folgen einer verbreiteten Sinn- und Orientierungskrise geht.

Die Kommission teilt die Auffassung der „Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen“, daß die für manche überraschende und erschreckende radikale „Aktivität einer Minderheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit grundlegenden Problemen unserer Gesellschaft, unserer Kultur, unserer Politik und Wirtschaft verflochten ist“. Diese Aussage wurde in den von der Kommission durchgeführten Anhörungen mit Jugendlichen, Jugendverbandsvertretern und wissenschaftlichen Sachverständigen auch für die Bundesrepublik Deutschland bestätigt.

Jugendliche über sich selbst

Für das Selbstverständnis eines Teils der protestierenden Jugendlichen erscheint typisch, was der „Schöneberger Besetzerrat“ in einem Brief, mit dem er die Teilnahme an einer Anhörung in Bonn ablehnte, ausführte:

„Die Jugend könnt ihr nicht zum Patienten machen, wenn das System krank ist. Massive Kriegsvorbereitung, permanentes Risiko radioaktiver Verseuchung, Ausbeutung der Dritten Welt, Umweltschmutz überall, legales Spekulantentum mit unserem Wohnraum, lügende Politikermäuler, das sind die Symptome der Krankheit, die wir bekämpfen“.

Wie vielschichtig die Gründe für den Protest jugendlicher sind und wie selbstkritisch sich junge Menschen in diesem Zusammenhang selbst beurteilen können, zeigt die folgende Aussage des Vertreters der Deutschen Jugendfeuerwehr bei der von der Enquete-Kommission durchgeführten Anhörung:

„Wir beobachten heute, wie Jugendliche deprimiert reagieren, wenn sie erfahren müssen, daß ihnen die Gesellschaft vieles schuldig bleibt, daß sie zum Beispiel gar nicht so erwünscht sind und so nötig gebraucht werden, wie es ihnen immer wieder eröffnet wird. Wenn man in unsere Gesellschaft Einstieg finden will, muß man erst einen „Numerus clausus“ überwinden.“

Es ist richtig — das muß auch selbstkritisch angemerkt werden —, daß die gesellschaftspolitischen Forderungen eines Teils der Jugend oft wirr und auch widersprüchlich sind oder so erscheinen. Oft ist zu verspüren, daß die Jugend tatsächlich nicht so genau weiß, was sie eigentlich konkret will, wie eine Gesellschaft nach ihren Vorstellungen aussehen soll; aber gerade hier ist für unsere Begriffe eine Chance erkennbar, daß Vertrauen zueinander wiederhergestellt wird. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe.“

Diese beiden Zitate zeigen ebenso wie die gesamte Anhörung, daß viele — vielleicht sogar die Mehrheit — der Jugendlichen, die selbst den Schritt zu aktivem Protest nicht tun, doch die Kritik, die zum Protest Anlaß gibt, im wesentlichen teilen.

Jugendprotest und Erziehung

Die Kommission bewertet viele Formen friedlichen Protestes als Ergebnis einer im demokratischen Sinne gelungenen Sozialisation*). Sie sieht dafür Beispiele im vielfältigen sozialen Engagement gerade kritischer Jugendlicher. Auf der anderen Seite sieht sie Tendenzen zur Flucht — etwa in Alkohol oder Drogen — sowie in Akte der Gewalt und Selbstzerstörung als Zeichen einer mißlungenen Sozialisation an.

Unterschiedliche Bewertungen bestehen in der Kommission über die Bedeutung der Erziehung durch Familie und Schule für die Entstehung des Ju-

*) Sozialisation = Entstehung und Entwicklung der Persönlichkeit in Abhängigkeit von ihrer Umwelt.

gendprotestes. Diesem Thema wird die Kommission bei der Vorbereitung des Endberichts ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Die Mehrheit der Kommission ist — ausgehend vom Ergebnis der Anhörungen — der Auffassung, daß der gegenwärtige Jugendprotest nicht auf die Erziehung durch Pädagogen zurückzuführen ist, die demokratische Werte bewußt unterhöhlen wollen. Die Minderheit der Kommission hält diese Behauptung in ihrer Allgemeinheit nicht für erwiesen.

Jugendprotest und Generationenkonflikt

Einig war sich die Kommission darin, daß der Jugendprotest wesentlich als Reaktion auf ungelöste gesellschaftliche Probleme verstanden werden muß und nicht als klassischer Generationenkonflikt erklärt werden kann. Da der neue Protest Angehörige aller Generationen einbezieht, ist selbst die Bezeichnung „Jugendprotest“ fragwürdig. Alles deutet darauf hin, daß es sich bei der heutigen Protestbewegung um den Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels von Auffassungen und Einstellungen in weiten, über die Jugendlichen hinausgehenden Teilen der Gesellschaft handelt.

Dies heißt nicht, daß es keinerlei Probleme im Verhältnis zwischen den Generationen gäbe. Von mehreren Sachverständigen wurden Vorurteile und Mißverständnisse im Verständnis der Generationen untereinander als Teilursache für den Jugendprotest betont. Oft wird nicht verstanden, daß bewußte Provokationen oder aggressive Akte von Jugendlichen Hilferufe sein können. Ein Grund für die Zuspitzung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen liegt auch darin, daß das Gespräch zwischen den Generationen häufig verstummt ist. Die zunehmende Absonderung älterer und jüngerer Menschen in getrennte Lebensräume sowie alters- und erfahrungsbedingte Auffassungsunterschiede können die Konflikte zwischen Jugendlichen und ihrer sozialen Umwelt hervorrufen oder verschärfen.

Wenn heute Erwachsene von Jugendlichen öfter und härter kritisiert werden, so liegt dies auch daran, daß überkommene Vorstellungen von Autorität abgebaut sind. Außerdem haben Jugendliche heute in nahezu unbegrenztem Umfang Zugang zu Erfahrungen von Erwachsenen und halten sich daher weit mehr als früher für berechtigt, deren Umwelt zu beurteilen.

Zur Problematik des Aussteigens

Vielen protestierenden Jugendlichen geht es auch darum, ihre eigenen Wertvorstellungen und Lebensformen in der Erwachsenenwelt zu verwirklichen. Darum fordern sie nachdrücklich Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte in der Gesellschaft. Sie suchen Raum, nach ihren eigenen Vorstellungen leben zu können. Wenn ihnen aber Mitwirkung und Entfaltung verwehrt werden, kommt es gelegentlich zu Reaktionen des „Aussteigens“ bis hin zu krassem Individualismus und zur Ablehnung jeglicher sozialer Verantwortung. Im Gegensatz zu verbreiteten Auffassungen haben die Anhörungen der Kommission

deutlich gemacht, daß die übergroße Mehrheit der protestierenden Jugendlichen nicht aus der Gesellschaft aussteigen, sondern in sie hineinwirken will, wenn auch nicht unbedingt in den herkömmlichen Formen.

Zukunftsangst und Ohnmachtsgefühle

In vielen Stellungnahmen der Jugendlichen selbst und auch in den Ausführungen der Sachverständigen und Jugendverbandsvertreter wurde auf die Zukunftsangst als eine Ursache des jugendlichen Protests verwiesen.

Als Gründe für ihre Zukunftsangst führen Jugendliche zum Beispiel an:

- Arbeitslosigkeit und generelle Verschlechterung der Ausbildungschancen und Berufsaussichten für Jugendliche,
- zunehmende Zerstörung der natürlichen Umwelt, gewachsener Lebenszusammenhänge und der persönlichen Beziehungen,
- fortschreitendes Wettrüsten und zunehmende Kriegsgefahr,
- weitere Einengung der persönlichen Entfaltungsspielräume durch die Ausdehnung wirtschaftlichen Denkens und Handelns auf alle Lebensbereiche, durch Bürokratisierung und staatliche Kontrolle,
- Probleme wachsender Minderheiten in der Wohlstandsgesellschaft.

Viele Jugendliche bedrückt die Angst, ob man in der Zukunft überhaupt noch ein lebenswürdiges Dasein führen könne und ob die Welt in Zukunft für Menschen noch bewohnbar sei.

In dieser Angst um ihre Zukunft äußern sie den Verdacht, daß die Erwachsenen, die heute die Entscheidungen für die Zukunft treffen, ihrer Verantwortung für die Erhaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen nicht gerecht würden. Auf der anderen Seite seien sie selbst von wirklicher Mitsprache und Mitentscheidung ausgeschlossen, obwohl sie diese sich abzeichnenden bedrohlichen Fehlentwicklungen „auszubaden“ hätten. Dieser Angst kann auch nicht mit dem berechtigten Hinweis auf Verbesserungen in Teilbereichen des Umweltschutzes wirksam begegnet werden, weil täglich Informationen über neue Umweltgefährdungen auf die Menschen einwirken.

Der „neue Mangel“

Neben dem Gefühl, von politischen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein, äußert sich im Protest von Jugendlichen ein „neuer Mangel“: Jugendliche beklagen oft den Mangel an Zuwendung, an persönlicher Geborgenheit sowie an sozialem und gefühlsmäßigem Angenommensein. Dieser Mangel erschwert es den Jugendlichen oft, für ihren künftigen Lebensweg einen beständigen Sinn und lebenswerte Ziele zu sehen. Lebensangst und die Vorstellung einer verschlossenen Zukunft werden also nicht nur

von objektiven wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten hervorgerufen, wie sie von jungen Menschen entsprechend ihrem Alter wahrgenommen und bewertet werden, sondern wurzeln auch in dem individuellen Gefühl und Empfinden junger Menschen. So sehr die heute verbreiteten Gefühle von Angst und Unsicherheit etwas mit der allgemeinen Lebenssituation der Menschen zu tun haben, liegen individuelle Ursachen aber auch in der geringeren Belastbarkeit heutiger Jugendlicher.

Veränderungen in der Familie

Viele Jugendliche werden heute mit ihren Problemen alleingelassen. Daraus entstehen Ich-Schwächen *) und eine selbstsüchtige Konzentration auf die eigene Person, die als Narzißmus bezeichnet wird. Die hier beschriebenen Mängel in der Sozialisation von Jugendlichen können auch nicht vollständig dadurch ausgeglichen werden, daß sich heute mehr als früher ein Teil des Erziehungsprozesses auf die Gruppe der Gleichaltrigen verlagert.

Eine besondere Verunsicherung in ihrem Rollenverständnis erleben heute junge Mädchen. Sie erfahren die Spannung zwischen emanzipatorischen Bestrebungen und einem traditionellen Selbstverständnis.

Die Kommission wird in ihrer weiteren Arbeit klären, inwieweit für das Entstehen und Anwachsen von Lebensangst Veränderungen der familiären Situation eine Rolle spielen.

Unpersönlichkeit der Gesellschaft

Die allgemeine Lebenssituation wird durch die Undurchschaubarkeit und Unpersönlichkeit der modernen Industriegesellschaft, den Vorrang zweckbetonter Verhaltensweisen und die Zwänge bürokratisierter Lebensformen geprägt. Viele Menschen fühlen sich überfordert und klagen gleichzeitig über die Behinderung eigenverantwortlicher Tätigkeit. Eine wachsende Zentralisation und Bürokratisierung in Wirtschaft, Verbänden und Staat droht die persönliche Leistung und Verantwortung des einzelnen zu untergraben. Ferner fördert sie die Neigung, Schuld für erlittenes Unrecht und eigenes Versagen ausschließlich der Gesellschaft anzulasten.

Jugend ohne Zukunft

Unter den protestierenden Jugendlichen sind es vor allem die Jugendlichen ohne Schulabschluß und Berufsausbildung, die sich in einer überaus schwierigen Lage befinden und besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Sie verfügen nicht über die Fähigkeiten und Kenntnisse, ihre eigenen Interessen wirksam zu vertreten und können deshalb in vielen Fällen auf Verhandlungsangebote der Behörden gar nicht eingehen. Auch unter den Hausbesetzern gibt es diese Gruppe, die weder konkrete Ziele

*) Ich-Schwäche äußert sich in geringem Durchhaltevermögen, übersteigertem Harmoniebedürfnis und einer sehr geringen Belastbarkeit.

kennt, noch in der Lage ist, planvoll vorzugehen. Hier entstehen Hilflosigkeit und Wut, die gelegentlich zu Akten sinnloser Gewalt führen. Diese Jugendlichen haben zu anderen Protestgruppen in der Regel auch nur kurzlebige Beziehungen. Gleichwohl üben sie mit ihrer Hoffnungslosigkeit und Aggressivität auch auf andere Jugendliche Einfluß aus. Das Schlagwort „no future“ trifft auf sie besonders zu.

Neues Engagement

Vor diesem Hintergrund wertet es die Kommission als ein Zeichen demokratischer Lebendigkeit, daß in letzter Zeit mehr Jugendliche und junge Erwachsene sich in der Gesellschaft wieder vielfältig engagieren. Dabei können Konflikte mit den bestehenden Institutionen und der durch sie vertretenen Politik ausgelöst werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, wie von seiten der Behörden und der Politiker auf Kritik und Protest reagiert wird. Je weniger sich die Politiker und Verwaltungen als fähig erweisen, Kritik und gewaltfreien Protest als fruchtbaren Beitrag zur demokratischen Willensbildung und Veränderung aufzufassen und je unverständlicher und abweisender ihre Reaktionen den Jugendlichen erscheinen, um so wahrscheinlicher ist eine Steigerung der Konflikte. Dadurch wird eine vernünftige Lösung schwierig, wenn nicht unmöglich gemacht. Vielfach sind es die persönlich erlebten oder über Dritte erfahrenen Reaktionen der Behörden auf Kritik und Protest, die bei Jugendlichen das Gefühl der Angst und der Ohnmacht verstärken und sie entweder in die Resignation oder in den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt treiben.

Wertwandel und Sinnfrage

Die große Mehrheit der befragten Sachverständigen versuchte, den Jugendprotest auch durch die Folgen eines Wertwandels zu erklären, der sich seit Mitte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland vollzogen hat. Dieser Wertwandel, der zuweilen im Verdacht des Wertzerfalls steht, führt weg von einem Denken, das Wohlstand, Verdienst, Lebensstandard, Sicherheit und Leistung zu den hervorragenden Bezugspunkten der Lebensgestaltung macht. Statt dessen genießen Selbstverwirklichung, Gemeinschaft, Kreativität und Mitbestimmung (sogenannte postmaterialistische Werte) höhere Beachtung. Teilweise werden dabei auf neue Weise alte Werte wiederentdeckt und verwirklicht.

Dieses neue Wertbewußtsein findet sich vornehmlich bei jungen Leuten. Sie versuchen, es vor allem in alternativen Lebensformen und in einem „produktiven Lebensstil“ zu verwirklichen. Viele Jugendliche verstehen und bewerten die soziale Wirklichkeit anders als die Mehrheit der Erwachsenen. Sie versuchen auch, ihre eigenen Vorstellungen in anderen Formen des Zusammenlebens und des Zusammenarbeitens zu erproben. Diese veränderten Lebensformen verteidigen sie gegen eine oft unduldsame Umwelt.

Bewertung des Wertwandels

Die These, daß sich die „postmaterialistischen Werte“ insbesondere in der jungen Generation ausbreiten, ist zwar in der Sozialwissenschaft nicht ganz unumstritten, scheint aber teilweise durch empirische Untersuchungen bestätigt zu werden. Der hier angesprochene „Wertekonflikt“ hängt zusammen mit den unterschiedlichen Erfahrungen der Älteren, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren allgemein Not erlebten und wesentlich vom Streben nach Wohlstand und sozialer Sicherheit geprägt sind, sowie den Erfahrungen der Jüngeren, die in Wohlstand und sozialer Sicherheit aufgewachsen sind und dies als selbstverständlich hinnahmen.

Bestand über die Tatsache eines gesellschaftlichen Wertwandels und seines Einflusses auf die Protestbewegung noch weitgehend Einigkeit, so zeigten sich bei den Sachverständigen in der Einschätzung dieser Vorgänge unterschiedliche Meinungen. Man wird den positiven Ansätzen in der Protestbewegung nicht gerecht, wenn man ihr allgemein eine tiefe Gefühlsbetontheit und Verstandesfeindlichkeit, die Ablehnung des Leistungsprinzips und eine sich als „anarchistisch“ verstehende Freiheitsauffassung zuweist. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß eine Selbstverwirklichung, die ihre Sozialbindung bestreitet und sich nur an den eher lustbetonten eigenen Bedürfnissen orientiert, sich selbst wieder zerstören würde. Sie würde auch jenen inneren Zusammenhang auflösen, der zwischen dem neuen Wertbewußtsein und der Sinnfrage gerade für junge Menschen besteht.

Jugend und Leistung

Zur Anerkennung des Leistungsprinzips bei Jugendlichen kann folgendes gesagt werden: Jugendliche lehnen Leistung nicht schlechthin ab; Jugendliche setzen die Leistung lediglich nicht als obersten Wert ihres Lebens und lassen sich nicht für alles einspannen. Sie können und wollen außerordentliche Leistungen erbringen, wenn sie von den Zielen überzeugt sind und sich auch persönlich gefordert fühlen. Beispiele für eine sinnbringende Arbeit sehen sie im Einsatz für Jugendzentren, für sozial Benachteiligte, für Völker der Dritten Welt, für Abrüstung und Friedenssicherung. Leider werden sie oft an einer eigenständigen sozialen Leistung gehindert, manchmal sogar in ein gesellschaftliches Abseits gedrängt. Statt Ermutigung erleben sie häufig Entmutigung.

Politische Einstellungen von Jugendlichen

Wie in der Frage der Einstellung der Jugendlichen zur Leistung muß auch in der Frage ihrer politischen Einstellung unterschieden werden. Nicht die pluralistische Demokratie, das Mehrheitsprinzip und die Notwendigkeit des Kompromisses werden abgelehnt, sondern — wie es Jugendliche empfinden — die Undurchschaubarkeit der politischen Entscheidungswege, der Mangel an tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger, der starke Einfluß wirtschaftlicher Interessen, die Unfähigkeit

zu zukunftsgerichtetem Handeln. In ihrem Streben nach mehr Mitbestimmung treffen sie sich mit gleichlautenden Interessen der Erwachsenen.

Neben dem gestiegenen materiellen Wohlstand bieten wachsende Freizeit und breitere Ausbildung diese Voraussetzungen für mehr Mitsprache und Mitbestimmung. Ebenso veranlaßt die Bürgerferne mancher politischer Entscheidungen viele, ihr Begehren nach Mitbestimmung in Bürgerinitiativen oder in der Protestbewegung zum Ausdruck zu bringen. Dieser friedliche Protest kann im wesentlichen als prodemokratisch angesehen werden. Leider wird er zuweilen durch die ihm eigene Unduldsamkeit wieder fragwürdig.

Entfremdung zwischen Jugend und Politik

Der Staat und seine Vertreter werden von den protestierenden Jugendlichen zumeist als ihre eigentlichen Gegner, wenn nicht gar als Feinde wahrgenommen. Dies bedeutet freilich nicht, daß sie durchweg vom „Staat“ nichts mehr erwarten. Vielmehr richten sie ihre Forderungen fast immer an staatliche Stellen und sind enttäuscht, wenn ihren Forderungen und Erwartungen nicht entsprochen wird.

Doppelte Erwartungen an den Staat

Dieses auffällige Schwanken zwischen einer schroffen Ablehnung des Staates und der Forderung nach Beistand und Unterstützung durch den Staat — wie es etwa in der Diskussion um die „Staatsknete“ in der Alternativbewegung zum Ausdruck kommt — ist keineswegs kennzeichnend für den Jugendprotest allein. Wie anhand von umfangreichem Untersuchungsmaterial belegt werden kann, findet sich diese Art von „Steinbruchmentalität“ gegenüber dem Staat — Nehmen ohne zu Geben — auch bei vielen Erwachsenen. Der eigentliche Grund dürfte darin liegen, daß dem Staat in den letzten Jahrzehnten in allen entwickelten Industriegesellschaften gleichsam eine Allzuständigkeit für die Lösung von Problemen zugewachsen ist. Er kann ihr aber — vor allem bei fortschreitender weltwirtschaftlicher Krisenentwicklung — zunehmend weniger gerecht werden.

Erfahrungen mit dem Staat

Wenn Jugendliche — und in geringerem Umfang auch Erwachsene — dann versuchen, sich eigene Handlungsräume zurückzuerobern, geraten sie allerdings oft mit den Zuständigkeitsansprüchen des Staates in Konflikt. Das Streben, alle Lebensbereiche gesetzlich regeln zu wollen und bürokratische Unbeweglichkeit drohen vielfach, ihre Initiativen von vornherein zu ersticken. Für viele Jugendliche ist der Staat deshalb eine Macht, die sich jedem gesellschaftlichen Wandel widersetzt, und der Vertreter einer fertigen Welt, in die man sich einzufügen hat, und die für selbstbestimmte Aktivitäten keinen Raum läßt.

Kritik am Staat

Das Aufbegehren junger Menschen gegen den Staat ist zu einem erheblichen Teil gegen die Versuche gerichtet, immer tiefer in die Lebensgestaltung des einzelnen einzugreifen. Ein immer wieder vorgebrachtes Beispiel ist der Anspruch staatlicher Behörden, die Gewissensentscheidung von Kriegsdienstverweigerern überprüfen zu wollen.

Das Handeln des Staates wird heute von vielen Jugendlichen eher als Knebelung und nicht als Grundlage eigener Selbständigkeit erfahren. Der Staat gilt neben den großen Konzernen für viele protestierende Jugendliche als der verantwortliche Träger einer wirtschaftlich-technischen Entwicklung, die zunehmend als „lebensbedrohend“ empfunden wird. In Politik und Verwaltung werden Lebenszusammenhänge zumeist nach bürokratischen Zuständigkeiten aufgespalten. Viele Menschen haben deshalb das Gefühl, daß die „Rationalität“, die durch Staat, Verwaltung und Großinstitutionen verkörpert wird, im Kern „lebensfeindlich“ ist.

Diese Auffassung spiegelt sich auch in dem vor allem in der Jugend verbreiteten Vorbehalt gegen Institutionen und in der Überschätzung der Spontaneität. Sie berührt sich auch mit einer verallgemeinernden Kritik an der Bürokratie und einer ebenso verallgemeinernden Verteufelung großer Konzerne, wie sie heute vielfach üblich geworden ist. Sie verfestigt sich bei Jugendlichen in dem Maße, in dem sie erfahren, daß ihre Anregungen, ihr Protest, ihr Streben nach Mitwirkung vom politischen System nicht zur Kenntnis genommen oder abgewehrt wird.

Zur Frage der Gewalt

In der Wahrnehmung vieler Jugendlicher existiert eine tiefe Kluft zwischen dem offiziellen, auch von der Verfassung vorgegebenen Verständnis von gewaltlosem Protest in der Demokratie und der staatlichen Reaktion auf diesen Protest.

Junge Menschen erleben häufig, daß ihren Forderungen hinhaltend begegnet wird, indem sich eine ausufernde Bürokratie oftmals für unzuständig erklärt oder rechtliche Schwierigkeiten vorgibt. Dies verschärft Konflikte oder führt zu Resignation bei den Betroffenen.

Einige Jugendliche glauben, aus dem mangelnden Willen oder der mangelnden Fähigkeit des Staates, auf ihre Forderungen einzugehen, ein Widerstandsrecht ableiten zu können. Da sie ihre eigene Zukunft, ja die Zukunft der Menschheit schlechthin gefährdet sehen, halten sie letztlich auch die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele für berechtigt.

Allgemein ist festzustellen, daß die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen eher überschätzt wird und weit geringer ist, als es durch die Darstellung in den Medien erscheint. Häufig bestimmen kleine Gruppen von gewalttätigen Jugendlichen das öffentliche Bild von ansonsten friedlichen Massendemonstrationen. Gleichwohl zeigt sich in der Gewaltbereit-

schaft auch kleiner Gruppen ein Verlust an politischer Kultur.

Staatliches Gewaltmonopol

Die Kommission ist der Auffassung, daß in der Bundesrepublik Deutschland als einer Demokratie allein der Staat berechtigt ist, Gewalt auszuüben und damit über das Gewaltmonopol zum Schutz für die Schwächeren und als Garantie für ein friedliches Zusammenleben aller Bürger verfügt. Wenn andere zur Durchsetzung ihrer Interessen dies für sich beanspruchen, kann die eigentliche Aufgabe des Staates, die Freiheit der Bürger, das Recht jedes einzelnen sowie inneren Frieden zu gewährleisten, nicht mehr erfüllt werden. Die Weichen in eine „Ellenbogengesellschaft“, in der der Schwächere auf der Strecke bleibt, weil das Faustrecht des Stärkeren die Wirklichkeit prägt, wären gestellt.

Freiheit für den einen darf nicht Unfreiheit für den anderen bedeuten. Das heißt, daß der Schutz der Freiheit des einen nicht auf Kosten der Freiheit des anderen gehen darf.

Legalität und Legitimität

Die Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols bedingt jedoch, daß staatliches Handeln für die Bürger einsichtig und nachvollziehbar ist. Gerade in der Demokratie muß sich der Staat bei seinem Handeln stets neu um Glaubwürdigkeit bemühen. Zur Rechtfertigung staatlicher Entscheidungen reicht der Hinweis, daß sie in einem formal einwandfreien Verfahren zustande gekommen sind, nicht aus. Vielmehr muß staatliches Handeln von den Bürgern als menschlich und gerecht empfunden werden können. So ist die Kehrseite einer glaubwürdigen Behauptung des Gewaltmonopols durch den Staat eine Politik, die Mißstände beseitigt und als dauernde Aufgabe gerechtere gesellschaftliche Zustände anstrebt.

Daneben ist es notwendig, daß legitime staatliche Gewalt nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eingesetzt wird und Überreaktionen vermieden werden. Die Organe des Staates sind aufgerufen, Konflikte möglichst gewaltlos abzubauen und sie nicht durch unverhältnismäßigen Einsatz staatlicher Gewalt zu schüren.

Die Frage nach der Amnestie

Dies bedeutet, daß es unter Umständen durchaus vertretbar sein kann, Rechtsverstöße dann nicht zu verfolgen, wenn bei der Durchsetzung von Gesetzen eine unverhältnismäßige Gefährdung für den inneren Frieden entstünde. Der Verzicht auf die Räumung von Häusern, die lange leerstanden und dann besetzt wurden, ist dafür ein Beispiel.

Wo und wann immer Mißstände durch staatliches Handeln oder Unterlassen verursacht worden sind, stellt sich die Frage, was mit jenen zu geschehen hat, die dagegen mit unrechtmäßigen Mitteln vorgegan-

gen sind. Die Kommission setzt sich dafür ein, daß Straftaten, die von Jugendlichen im Zusammenhang mit Protestaktionen begangen worden sind, nicht unangemessen geahndet werden. Die Mehrheit der Kommission beobachtet eine Tendenz zu unangemessen hohen Strafen. Die Minderheit der Kommission sieht eine solche allgemeine Tendenz nicht. Nach Auffassung der Kommissionsmehrheit fördern derartige, mit dem ohnehin problematischen Mittel der Abschreckung begründete Strafen in Wahrheit die Abwendung junger Menschen von Staat und Gesellschaft.

Die Mehrheit der Kommission kritisiert ferner die zu beobachtende Praxis, für andere Sachverhalte geschaffene und problematische Straftatbestände wie etwa den § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen) auf Protestverhalten Jugendlicher anzuwenden. Die Minderheit sieht eine solche Praxis nicht.

Die Mehrheit meint, daß nach dem Vorbild einer Amnestie, wie sie nach 1968 für Teile der damaligen Studentenbewegung erlassen wurde, auch heute Straffreiheit gewährt werden soll. Eine solche Erklärung der Straffreiheit soll eine weitere Ausgrenzung von Teilen der Gesellschaft vermeiden helfen und die Auseinandersetzungen zwischen Staat und protestierender Jugend entkrampfen. Der Staat muß durch Beseitigung gesellschaftlicher Mängel die Voraussetzung dazu schaffen. Über den Umfang von Straffreiheitserklärungen bedarf es einer eingehenden Diskussion unter Hinzuziehung von Fachleuten.

Die Minderheit lehnt eine Amnestie ab. Der Verzicht auf strafrechtliche Verfolgung würde als ein Zurückweichen des Staates erscheinen und zu weiteren Rechtsverstößen ermutigen. Weitgehende Rechtsunsicherheit wäre die zwangsläufige Folge, zumal die Wiederanwendung ausgesetzter Rechtsvorschriften dann als staatliche Willkür erscheinen könnte. Rechtstreue müßten sich fragen, warum sie sich überhaupt an das Gesetz halten. Die Rechtsuntreuen wären geradezu ermuntert, weiterhin gegen das geltende Recht zu verstoßen, da sie keine Gegenmaßnahmen des Staates zu befürchten hätten. Eine individuelle Auseinandersetzung mit Rechtsverstößen, die bei Antragsdelikten die Möglichkeit der Rücknahme von Strafanträgen einschließen kann, erscheint gerechter als eine allgemeine Straffreiheit.

Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz

Die in kleinen Gruppen anzutreffende Ablehnung des Mehrheitsprinzips und der repräsentativen Demokratie gibt der Kommission aber auch Anlaß, auf die Unverzichtbarkeit dieser friedensstiftenden Grundsätze hinzuweisen. Nur wer Mehrheitsentscheidungen respektiert, kann erwarten, daß seine Auffassung in gleicher Weise anerkannt wird, wenn sie sich mehrheitlich durchsetzt. Die Behauptung des Mehrheitsprinzips heißt aber zugleich, daß Minderheiten geschützt werden und ihnen ausreichende Möglichkeiten zu Veränderungen in verfassungsmä-

ßiger Weise eingeräumt werden müssen. Die Kommission hält es für durchaus angemessen, wenn in diesem Zusammenhang über die Verlagerung von Entscheidungen „nach unten“ und über den Ausbau von Elementen unmittelbarer Demokratie ernsthafter nachgedacht wird. Ihre Einfügung in das System einer repräsentativen Demokratie könnte durchaus dazu beitragen, einen weiteren Verlust an Glaubwürdigkeit des politischen Systems zu vermeiden.

Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern

Die Frage der Glaubwürdigkeit von Staat und Politik ist einmal eine Frage der Leistungen bzw. des Versagens von Politikern und Parteien bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme. Die Anhörungen zeigten, daß das Vertrauen der protestierenden Jugendlichen in Politiker und Parteien erheblich darunter gelitten hat, daß diese sich in den Augen vieler zur Bewältigung der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme als mehr oder weniger unfähig erweisen. Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind aber auch eine Frage von Stil und Methoden von Politik. Gerade Vorgänge um die sogenannte Spendenaffäre dürften die Glaubwürdigkeit der Politik weiter erschüttert haben. Die Glaubwürdigkeit von Politikern und Parteien ist für die protestierenden Jugendlichen von besonderer Bedeutung, da sie ein im Kern moralisch-idealistisches Politikverständnis besitzen.

Immer wieder wurde in den Anhörungen von seiten der Jugendlichen den Politikern Unehrlichkeit und Opportunismus vorgehalten. Es wurde darüber Klage geführt, daß die Politiker, statt sich der Verantwortung für die Probleme zu stellen, die Justiz und die Polizei gegen die protestierenden Jugendlichen mobilisieren. Dabei zeigte sich auch, daß das Verhalten des Staates und der Politiker als ungerade empfunden wird; Hausbesetzer würden kriminalisiert, während Spekulanten unter dem Schutz des Rechtsstaates ihr Unwesen treiben könnten. Gerade in Berlin spielt diese Argumentation unter protestierenden Jugendlichen eine große Rolle.

Fragwürdiger Dialog mit der Jugend

Auch der von Politikern und Parteien schließlich mit großem Aufwand inszenierte „Dialog mit der Jugend“ erregt bei den betroffenen Jugendlichen eher Mißtrauen. Vielfach wird unterstellt, daß es Politikern und Parteien nicht eigentlich darum gehe, die Probleme der Jugendlichen zu diskutieren. Ihr Interesse an der Jugend erschöpfe sich darin, Wählerstimmen zu gewinnen. Allzuoft haben Jugendliche den Eindruck, daß statt des angebotenen Dialogs die Politiker nur an einem medienwirksamen Monolog interessiert seien.

Vertrauen zurückgewinnen

Die Anhörungen haben in der Kommission den Eindruck bestärkt, daß die eingetretene Entfremdung

zwischen einem Teil der Jugend auf der einen und dem politischen System und seinen Vertretern auf der anderen Seite nicht durch kurzfristig taktische Maßnahmen behoben werden kann. Dies wird nach Auffassung der Kommission nur nach einer langen Phase „vertrauensbildender Maßnahmen“ und nach überzeugenden Schritten zur Veränderung von Stil und Inhalt der Politik gelingen können. Allerdings wird man negativen Vorurteilen gegenüber Staat, Parteien und deren Vertretern — insgesamt gegenüber „denen da oben“ — entgegentreten müssen. Unter Jugendlichen herrscht oft ein wirklichkeitsfremdes und vorurteilsvolles Politikverständnis, welches die Gefahr in sich birgt, daß auch undemokratische Traditionen der Parteienkritik wieder aufleben.

Jugend im Abseits — Gefahr für die Demokratie

Eine nennenswerte Zahl von Jugendlichen, darunter auch viele Kinder von Ausländern, erhält heute in unserer Gesellschaft kaum eine Chance, überzeugende Zukunftsaussichten zu entwickeln. Dieser Teil ist heute glücklicherweise noch relativ klein, würde aber weiter wachsen, wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und mit ihnen die Jugendarbeitslosigkeit zunehmen. Auf Dauer kann dies zur Herausbildung eines zahlenmäßig bedeutsamen jugendlichen Subproletariats führen, das, da es nichts zu verlieren und auf normalen Wegen auch nichts zu gewinnen hat, zum Nährboden für Gewalt und Kriminalität und zum Sammelbecken links- und rechtsextremistischer Gruppen wird. Was im Jahre 1981 in Brixton und anderen britischen Vorstädten hervorbrach, könnte eines Tages auch die Bundesrepublik Deutschland erschüttern, wenn nicht rechtzeitig durch verstärkte politische Anstrengungen der sich abzeichnenden gefährlichen Entwicklung begegnet wird.

Eine Verschärfung der Auseinandersetzungen würde aller Voraussicht nach dazu führen, daß immer mehr Jugendliche, die sich im Protest engagieren und mit der Staatsgewalt in Konflikt geraten, ins Abseits abgedrängt werden. Ist ein Jugendlicher erst mal straffällig geworden, dürfte es ihm schwerlich gelingen, sich aus eigener Kraft wieder in das soziale Gefüge der Gesellschaft einzufinden. Schon heute lebt ein Teil der Jugend in unseren Großstädten in sozialen Gettos.

Das allen Bürgern dienende Recht zu wahren und den Brückenschlag zu den Jugendlichen zu versuchen, ist in der Praxis zweifellos schwierig, muß aber mit Nachdruck immer wieder versucht werden. Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland darf nicht den in mancher Hinsicht bequemer erscheinenden Weg der Ausgrenzung gehen. Ebenso wäre es falsch, dem jugendlichen Protest mit kritiklosem Nachgeben zu begegnen. Auch im Interesse der Festigung unserer Demokratie sollte statt dessen der spannungsreiche und sicher nicht immer einfache Weg des kritischen Dialogs, der sozialen Reform und der Integration beschriftet werden.

IV. Lösungsvorschläge

Bitte um Kritik

Die Enquete-Kommission unternimmt mit den folgenden Vorschlägen und Überlegungen den Versuch, neben der Frage nach den Ursachen des Jugendprotestes auch Lösungsansätze anzusprechen. Bis zur Vorlage des Schlußberichts sollen einige Probleme ausführlicher behandelt werden. Die Kommission erhofft sich aber auch, durch die Reaktion der Öffentlichkeit und der Betroffenen weitere Anregungen und Kritik zu erhalten. Wichtige Themen, die Jugendliche bewegen, können im Zwischenbericht noch nicht dargestellt werden. Sie werden im Endbericht ausführlicher erörtert werden. Dazu gehören die Frage der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst und der Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten. Die Kommission ist sich bewußt, daß sie auf Grund der bundesstaatlichen Ordnung gegenüber Ländern und Kommunen nur Anregungen geben kann.

Wertgrundlagen der Politik verdeutlichen

Viele junge Menschen sehen ihrer Zukunft mit Gefühlen der Angst entgegen. Die Kommission hält es deshalb für besonders wichtig, bei politischen Entscheidungen nicht nur kurzfristig zu denken und zu handeln. Entscheidungen müssen überzeugend sein und es dem einzelnen ermöglichen, sein Handeln an Zielen auszurichten, die ihm als sinnvoll erscheinen. Politik muß deutlich machen, auf welcher Wertgrundlage die jeweiligen politischen Handlungen erfolgen, und sich auf Dauer daran orientieren. Wenn diese Wertorientierung nicht deutlich wird, ist politisches Handeln in der Gefahr, zum bloßen Pragmatismus zu geraten. Tagespolitik ohne Zukunftsperspektive ist nicht in der Lage, auf die Zukunftsangst junger Menschen sinnvolle Antworten zu geben. Auch aus diesem Grunde ist es zum Beispiel wichtig, den amerikanischen Regierungsbericht „Global 2000“ auch im Plenum des Deutschen Bundestages zu diskutieren und daraus — wie ebenfalls aus dem Bericht der Nord-Süd-Kommission — sichtbare Konsequenzen zu ziehen. Mit pragmatisch-politischen Ansätzen und einer isolierten Jugendpolitik kann das Problem des Jugendprotestes allein nicht überwunden werden.

Umweltpolitik

Die Kommission hält es für wichtig, daß die Sorgen vieler junger Menschen um die ökologische Zukunft ernstgenommen werden. Deshalb sollte nicht nur auf die schon bisher erreichten Erfolge im Umweltschutz verwiesen werden.

Zweifellos ist es notwendig, weitere Anstrengungen zum Schutz unserer Umwelt zu unternehmen. Noch wichtiger ist es jedoch, dem Zusammenhang zwischen der Frage nach Art und Umfang des Wachstums, der Verschwendung von Rohstoffen und dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen Gel-

tung zu verschaffen. Die Zukunft des menschlichen Lebens ist heute bedroht. Im Alltag der Politik müssen ernsthaftere Anstrengungen unternommen werden, um diese Bedrohung abzuwenden; dies gilt auch dann, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen schwieriger geworden sind.

Durch eine strengere Kontrolle unserer Lebensmittel und der Stoffe, mit denen Menschen im Alltag umgehen, durch den Abbau der Verschmutzung von Wasser, Luft und Böden und durch einen besseren Schutz der Natur muß erreicht werden, daß wir kommenden Generationen eine menschengerechte Umwelt hinterlassen.

Ökologische Zielsetzungen müssen bei der Entwicklung neuer Produktionsmethoden und Industrien mit den ökonomischen Zielen der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden werden. Zu der Weiterentwicklung einer menschlichen Industriegesellschaft gehört auch die sparsame Verwendung unserer natürlichen Ressourcen und die weitere Humanisierung des Arbeitslebens.

Außen- und Sicherheitspolitik

Ein großer Teil der jungen Generation glaubt, daß der Frieden unsicher geworden ist. Er befürchtet, daß die Strategie des militärischen Gleichgewichts und die Doktrin der Abschreckung den Frieden auf Dauer nicht zu sichern vermögen. Zugleich erscheint es diesen jungen Menschen ungerechtfertigt, daß die Rüstungsausgaben steigen, während die Aufwendungen für Bildung, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für soziale Zwecke gekürzt werden und die Verelendung in großen Teilen der Dritten Welt zunimmt.

Alternativen verdeutlichen

Unsere Sicherheitspolitik beruht gleichermaßen auf der Verteidigungsfähigkeit, auf dem Verteidigungswillen und der Entspannungsbereitschaft. Kritische Fragen nach den Alternativen zu den bisher vertretenen strategischen Konzepten müssen ernstgenommen werden. Besonders berührt sind davon die herrschende Gleichgewichtstheorie, aber auch die grundsätzliche Frage, ob überhaupt der Friede durch eine fortgesetzte Anhäufung von Waffen gesichert werden kann. Erst durch eine offene Diskussion, die alle Alternativen umgreift, kann nach Ansicht der Kommission die Sicherheitspolitik auch für kritische junge Menschen wieder neu einsichtig gemacht und zugleich auch erreicht werden, daß der Verdacht, hier handle es sich um einen Konflikt zwischen „Friedensfreunden“ und „Kriegstreibern“, ausgeräumt wird.

Ursachen von Konflikten beseitigen

Sicherheitspolitik darf jedoch nicht allein auf militärische und strategische Gesichtspunkte verkürzt werden. Die Sicherung des Friedens erfordert den dauernden Versuch, die Ursachen von Spannungen und Konflikten zu beseitigen. Deshalb müssen die

Bemühungen um einen gegenseitigen kontrollierten Rüstungsabbau energisch vorangetrieben werden. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, die weltweit eine Ursache für Spannungen und Konflikte darstellt, muß durch eine konsequentere Entwicklungspolitik bekämpft werden. Für das Verhältnis der Jugend zu ihrem Staat ist es von entscheidender Bedeutung, daß die moralischen Grundwerte der Verfassung — wie z. B. die Sicherung von Frieden und Freiheit — auch unsere internationalen Beziehungen und unsere Sicherheits- und Außenpolitik prägen.

Jugendarbeitslosigkeit

Auch wenn der aktuelle Jugendprotest nicht durch die Jugendarbeitslosigkeit ausgelöst wurde, so stellt doch die Sorge um Ausbildungschancen und um die berufliche Zukunft ein beherrschendes Thema für die junge Generation dar. Zunehmende Jugendarbeitslosigkeit und ein im Vergleich zum Ausbildungswunsch immer größerer Mangel an Ausbildungsplätzen für bestimmte Berufsfelder gliedert einen Teil der Jugend bereits vor dem Einstieg in das Berufsleben von der gesellschaftlichen Teilhabe und Anerkennung aus und bedroht das Selbstwertgefühl der gesamten jungen Generation. Schwierigkeiten beim Berufseinstieg ergeben sich besonders in den von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen sowie für Mädchen und junge Frauen und für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer.

Vorschläge

Die Kommission ist der Meinung, daß sich die Gesellschaft keineswegs hiermit abfinden darf, sondern daß die Jugendarbeitslosigkeit vorrangig bekämpft werden muß. Sie fordert Wirtschaft und öffentliche Hand eindringlich dazu auf, alles zu tun, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden, ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

- Die Zahl der Ausbildungsplätze in Unternehmen, auf die Bund, Länder und Gemeinden Einfluß haben, muß erhöht werden.
- In schlecht versorgten Regionen sind weitere Anstrengungen zur Schaffung zusätzlicher schulischer, betrieblicher und ergänzender überbetrieblicher Ausbildungsplätze in der Trägerschaft der zuständigen Stellen notwendig.
- Um die Benachteiligung von Mädchen und Kindern ausländischer Arbeitnehmer auszugleichen, müssen gezielte Fördermaßnahmen geschaffen und ausgebaut werden.
- Da nur der kleinere Teil der Betriebe heute selbst ausbildet, erscheint der Mehrheit der Kommission eine Finanzierungslösung für Ausbildungsplätze zweckmäßig, wie sie heute bereits von einigen Branchen, z. B. der Bauindustrie, tarifvertraglich vereinbart wurde. Die Minderheit sieht in diesem Vorschlag eine weitere Bürokratisierung und fordert statt dessen steuerliche Anreize insbesondere für mittelständische Betriebe zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze.

Auch sollten die Erfahrungen verschiedener öffentlicher Programme, freier Träger und der Alternativprojekte genutzt werden, die gezeigt haben, wie man sozial besonders benachteiligten Jugendlichen, die im herkömmlichen System keine Chance haben, zu beruflicher Qualifikation, sinnvoller Arbeit, Eigeninitiative und sozialer Einbindung verhelfen kann.

Die Kommission ist sich darüber im klaren, daß eine wirksame Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit — abgesehen von den Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung — nur im Rahmen einer allgemeinen Wiederherstellung der Vollbeschäftigung möglich ist. Ob und inwieweit Arbeitszeitverkürzungen ein sinnvolles arbeitsmarktpolitisches Instrument sind, ist in der Kommission umstritten.

Rechte der Jugendvertreter stärken

Die Interessen von Jugendlichen, die sich im Ausbildungsverhältnis oder danach in einem Arbeitsverhältnis befinden, sollen durch gewählte Jugendvertreter wahrgenommen werden. Da viele Jugendliche erst später mit einer Ausbildung beginnen, sollte die Altersgrenze für die Wahl dieser Jugendvertreter heraufgesetzt werden.

Zur Förderung alternativer Projekte

Die Kommission hat während ihres Aufenthaltes in Berlin verschiedene alternative Projekte besucht. Sie hat den Eindruck gewonnen, daß derartige Projekte in bestimmten sozialen Bereichen eine wertvolle Ergänzung zu bestehenden öffentlichen und privaten Einrichtungen und Betrieben darstellen können. So gibt es Projekte, in denen Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluß eine Ausbildung ermöglicht oder für jugendliche Arbeitslose ein Arbeitsplatz bereitgestellt wird. Auch die Sozialarbeit mit psychisch Gestörten, Suchtabhängigen oder anderen Hilfsbedürftigen nimmt in alternativen Projekten einen beachtlichen Raum ein. Problematisch erscheint, daß nicht bei allen Projekten Mindestnormen des Arbeitsschutzes eingehalten und Sozialabgaben geleistet werden. Die Kommission spricht sich dafür aus, daß sinnvolle alternative Projekte gefördert werden, zumal sie ohne Unterstützung aus öffentlichen Mitteln häufig nicht lebensfähig sind, wobei darauf hinzuwirken ist, daß den oben genannten Mindestnormen entsprochen wird. Bei öffentlicher Förderung alternativer Projekte ist eine Kontrolle über die Verwendung der Mittel unerlässlich; allerdings sollten mit solcher Förderung keine Auflagen verbunden werden, die dem besonderen Charakter dieser Projekte widersprechen. Hier könnten die Prinzipien der Wagnisförderung, bei der haushaltsrechtliche Auflagen nur in begrenztem Umfang gemacht werden, als Modell dienen.

Schule und Hochschule

Die Schule sollte neben dem erforderlichen Allgemeinwissen intellektuelle, praktische, musisch-künstlerische und emotionale Fähigkeiten vermitteln, die in einem sinnvollen Verhältnis zueinander

stehen müssen. Daher sollte die Schule auch verstärkt Erfahrungen für das soziale Verhalten in einem demokratischen Gemeinwesen sowie Freude am Lernen und Mut zur Zukunft fördern. Die Kommission ist sich dabei bewußt, daß die Schule für Kinder und Jugendliche ein Lernort unter anderen ist — neben der Familie, der Gruppe der Gleichaltrigen und dem Wohnviertel. Außerdem sollte die wichtige Rolle der Medien im Erziehungsprozeß nicht übersehen werden.

Vorschläge

Bereits im Schulbereich gibt es Möglichkeiten zur verstärkten Mitarbeit von Schülern, etwa durch ihre Beteiligung an der Gestaltung des Unterrichts und ihrer räumlichen Umwelt.

Im einzelnen gibt die Kommission folgende Empfehlungen zu überlegen:

- Schülermitverwaltung und Schülerpressearbeit sollten ermutigt werden. In diesem Zusammenhang sollte auch Kritik, wie sie in Schülerzeitschriften zum Teil in scharfer Form vorgetragen wird, gelassener ertragen werden.
- Der Schulalltag sollte stärker von gemeinschaftsfördernden Aktivitäten wie klassen- und fachübergreifenden Projekten und Arbeitsgemeinschaften, vor allem musisch-kultureller und sportlicher Natur, bestimmt werden. Dabei sollte sich die Schule auch stärker nach außen öffnen.
- Die Anzahl der Schüler an einer Schule sollte sich in einem überschaubaren Rahmen halten. Verstärkt sollte auf eine Kontinuität der Lerngruppen in der Schule geachtet werden.
- Der zunehmenden Verrechtlichung der Schulen muß entgegengewirkt werden. Lehrer und Schüler brauchen mehr pädagogischen Freiraum.
- Das gegenwärtige Leistungsbewertungssystem in der Schule muß hinsichtlich seiner Folgen für Fächerwahl und Motivation der Schüler kritisch überprüft werden.
- Mit höherer Qualifikation und längerer Ausbildungszeit in Schule und Hochschule dürfen nicht automatisch Anrechte auf überdurchschnittliche Einkommen verknüpft werden. Dadurch kann zugleich der Eigenwert von Bildung wieder stärker betont und einem Konkurrenzverhalten entgegengewirkt werden.

Studienbewerber und Studenten befürchten eine Ausweitung des Numerus clausus und beklagen eine als unzureichend empfundene materielle Absicherung ihres Studiums, die in einigen Hochschulstädten besonders gravierende Wohnungsnot sowie die Ungewißheit ihres künftigen beruflichen Werdegangs. Die Kommission hält deshalb folgende Forderungen für vorrangig:

- Es müssen weitere Anstrengungen zur Schaffung neuer Studienplätze für die Studenten der geburtenstarken Jahrgänge unternommen werden.

- Durch die Einführung von Praktika vor dem Studium sollten (z. B. im Fach Medizin) gerechtere Kriterien für die Zulassung geschaffen werden.
- Während des Studiums sollten berufsbezogene Praktika eine größere Bedeutung erhalten.

Familie — Ort der Solidarität und der Geborgenheit

Unsere Gesellschaft muß kinderfreundlicher werden. Kinder gelten heute häufig als Störenfriede; es wird nicht verstanden, daß ihr Verhalten oft nur Ausdruck einer verzweifelten Suche nach Liebe und Geborgenheit ist.

Geborgenheit, Lebenssinn, Mitmenschlichkeit und Solidarität können gerade von Jugendlichen in unserer Gesellschaft immer weniger erlebt werden. Vor allem auch deshalb sieht die Kommission Sinn und Ziel der Politik gerade darin, kleine Einheiten wie die Familie darin zu unterstützen, selbständig und lebensfähig zu bleiben. Familien sind Grundbestandteil eines Netzes kleiner, überschaubarer Lebenseinheiten. Sie sind von der Verfassung als Leitbild für unsere Gesellschaft vorgegeben. Gerade die Familie bietet die Chance, die Erfahrung von Verlässlichkeit und das Bewußtsein persönlicher Zusammengehörigkeit zu vermitteln, wie sie ansonsten kaum noch erlebt werden können.

Die Kommission wird in ihrem Endbericht diesem Thema besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Sie wird sich ebenso mit den nichtehelichen Lebensgemeinschaften befassen.

Für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Jugend und Staat in der Gemeinde

Eine große Chance, zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Jugend und Staat zu finden, bietet sich auf der kommunalen Ebene. Gemeinden, Städte und Kreise sollten im Bereich der Jugendförderung unbürokratischer vorgehen, vor allem bei der Beratung und Unterstützung von spontanen Initiativen, Förderkreisen und Selbsthilfegruppen.

Die Art, in der Kommunalverwaltungen auf die Anliegen einzelner Jugendlicher oder von Gruppen eingehen, prägt entscheidend das Bild, das die Jugendlichen vom Staat gewinnen. Angesichts der Konflikte über die Einrichtung von selbstverwalteten Jugendzentren und anderen Formen unkonventioneller Jugendarbeit stellt sich für die politisch Verantwortlichen im kommunalen Bereich die Frage, wie sie auf die Anliegen Jugendlicher kooperativer eingehen können. Jugendliche müssen Gelegenheit haben, eigene Erfahrungen zu machen. Sinnvolle Initiativen auf kulturellem und sozialem Gebiet sind zu unterstützen.

Jugendförderung

Jugendförderung sollte stärker die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen im Auge haben und sie weniger aus dem Blickwinkel der Betreuung se-

hen. Die Kommission weiß um die Bedeutung der Jugendverbände. Diese nehmen nicht nur wichtige Aufgaben im Bereich der Freizeitgestaltung von Jugendlichen wahr, sondern sie fördern auch deren soziales und gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein. Sie üben damit eine wichtige Mittlerfunktion zwischen Jugend, Staat und Gesellschaft aus.

Die Kommission befürwortet Formen offener Jugendarbeit in Initiativgruppen und Selbsthilfegruppen, mit denen eine größere Eigenverantwortlichkeit von Jugendlichen erreicht werden kann. Außerdem empfiehlt sie, die Mittel für die Förderung der Jugendarbeit nicht weiter zu kürzen.

Kriegsdienstverweigerung

Einen besonderen Stellenwert hat für viele Jugendliche die Verwirklichung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Die Enquete-Kommission erwartet, daß sich die Parteien darauf einigen, das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer abzuschaffen und entsprechend den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts die Dauer des Zivildienstes angemessen zu verlängern.

Voraussetzung einer solchen Regelung ist, daß sichergestellt wird — gegebenenfalls durch eine Vermehrung der Zivildienstplätze —, daß jeder Kriegsdienstverweigerer seinen Zivildienst leistet. (Abg. Sauter [Ichenhausen] stimmt unter dem Vorbehalt zu, daß er sich nur für die Abschaffung des derzeit geltenden Prüfungsverfahrens ausspricht.)

Wohnraum als Lebensraum

Viele Jugendliche protestieren dagegen, daß Häuser und Wohnungen zum Teil jahrelang leer stehen. Es ist für sie unverständlich, daß sie auf der einen Seite keinen angemessenen Wohnraum finden, auf der anderen Seite Wohnraum über längere Zeiten hindurch nicht genutzt oder vernichtet wird.

Da in dem Bereich der Wohnungswirtschaft zur Zeit Bestrebungen zur gesetzlichen Neuregelung bestehen, wird die Kommission auf dieses Thema erst im Endbericht ausführlicher eingehen.

Lösungen zur Hausbesetzerfrage

Zur Lösung des Problems der Hausbesetzer verweist die Kommission unter anderem auf das Londoner Beispiel. Danach hatten die Bewohner besetzter Häuser innerhalb bestimmter Fristen die Möglichkeit, die Legalisierung ihrer Wohnverhältnisse zu beantragen. Diese könnte auch mit Hilfe von Treuhandverträgen erfolgen, wie sie vom Sozialpädagogischen Institut in Berlin bereits praktiziert werden. Unterschiedliche Meinungen herrschen in der Kommission darüber, wieweit bei einer Legalisierung Strafbefreiung für Straftatbestände, die in unmittelbarem Zusammenhang mit Hausbesetzungen stehen, gewährt werden soll und ob in Zukunft neubesetzte Wohnungen — mit entsprechenden Aufla-

gen an die Eigentümer zur Instandsetzung — sofort zu räumen sind. Die Kommission wird diese Fragen mit Sachverständigen weiterberaten.

Wohngemeinschaften sollten durch die Bereitstellung von ausreichenden Kontingenten aus dem Wohnungsbestand kommunaler Wohnungsgesellschaften unterstützt werden.

Neuorientierung beim Städtebau

Der Städtebau, wie er bis vor einigen Jahren praktiziert wurde, hat die gesellschaftliche Entwicklung zur Anonymität, Zerrissenheit und Undurchschaubarkeit des gesellschaftlichen Lebens gefördert. Wohnen, Arbeiten und Freizeit wurden räumlich auseinandergerissen. Das Gigantische galt als Maßstab der Planung. Sie verwirklichte sich in großen Neubauprojekten und in der Kahlschlagsanierung ganzer Stadtviertel. Die Auswirkungen dieser Politik, die zu einer Einengung und Verarmung des Lebensraums auch von Jugendlichen beigetragen hat, führten schließlich zu einem Umdenken. Heute wird in der Regel kleinräumiger geplant und größerer Wert auf die Sanierung von Einzelvorhaben gelegt. Allerdings setzen sich in vielen Fällen die Planer immer noch gegen die Betroffenen durch. In Zukunft sollte noch stärker darauf geachtet werden, daß die Interessen der Betroffenen und gewachsene Strukturen bei der Planung berücksichtigt werden.

Beteiligungsmöglichkeiten für Betroffene erweitern

Überwiegend war die Kommission der Meinung, daß es nötig ist, die Beteiligungsmöglichkeiten für die betroffenen Bürger zu erweitern und die Bürger zur Wahrnehmung dieser Möglichkeiten zu ermuntern. Alle Formen der Bürgerbeteiligung erfüllen nur dann ihren Sinn, wenn die Ergebnisse auch in die Planungen Eingang finden. Die Kommission empfiehlt auch eine Überprüfung der Steuer- und Förderungsbestimmungen, damit Fehlentwicklungen bei Sanierungen und Modernisierungen vermieden werden.

Vielfältige Bedürfnisse im Wohnungsbau berücksichtigen

Der Wohnungsbau muß vielfältige Bedürfnisse befriedigen. Bei der städtebaulichen Planung sollte die unzweckmäßige Trennung nach einzelnen Gruppen wie Studenten, Lehrlingen, alten Menschen oder Behinderten überwunden werden. Der Wunsch nach neuen Formen des Zusammenlebens, nach preiswertem und ausreichendem Wohnraum, z. B. für kinderreiche Familien, die besonderen Belange von Behinderten und die Wünsche älterer Menschen nach Möglichkeit für Gespräche, Kontakte und Begegnungen müssen stärker berücksichtigt werden.

Kontroversen in den Parteien austragen

In den Parteien sollte die offene Darstellung abweichender Meinungen selbstverständlich sein. Dies gilt ebenfalls für die Parlamente. Auch hier sollten

Positionen, die innerhalb der Fraktionen kontrovers sind, öffentlich ausgetragen werden, um nicht zuletzt auch eine Belebung der Debatten zu erreichen.

In offenen und lebendigen Debatten kann das breite Spektrum von Interessen und Vorstellungen über die Gestaltung der politischen Zukunft wieder deutlicher gemacht und über Möglichkeiten und Alternativen fair und ohne Verunglimpfung des Gegners gestritten werden. Die Parteien gingen zumeist davon aus, daß Konflikte allenfalls intern ausgetragen werden sollten, um der Öffentlichkeit ein Bild der Geschlossenheit zeigen zu können. Gerade die kritischen Fragen junger Parteimitglieder haben aber oft Anstöße dazu gegeben, hergebrachte Denkweisen zu überprüfen und sich für neue Probleme zu öffnen. Dies führt zwar oft zu innerparteilichen Auseinandersetzungen. Aber auf diese Weise wird auch die schwierige innerparteiliche Willensbildung als Prozeß sichtbar und verstehbar. Zugleich kann Auseinstehendes so auch einsichtig werden, daß eine einmal nach harten Auseinandersetzungen gefundene Entscheidung auch von der unterlegenen Minderheit mitgetragen wird.

Öffnung der Politik

Der Prozeß der politischen Öffnung sollte sich auch auf die Auswahl der Kandidaten für Wahlen beziehen. Es dient der Orientierung der Bürger, wenn unterschiedliche Interessen und Auffassungen möglichst offen und die sachlichen und personellen Alternativen klar herausgearbeitet werden.

Die berufliche und soziale Herkunft von Mandatsträgern muß vielfältiger werden, wobei auch die Frauen stärker als bisher zu berücksichtigen sind. Voraussetzung hierfür ist eine stärkere Beteiligung der Parteimitglieder bei der Aufstellung der Kandidaten für öffentliche Wahlen.

Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit

Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit in der Politik spielen gerade für junge Menschen eine besondere Rolle. In der Öffentlichkeit wird immer wieder die Verfilzung von Partei- und anderen Interessen beklagt. Hierbei wird immer wieder die Abhängigkeit der Parteien von einer Finanzierung durch Spenden angesprochen. Dem Eindruck, daß politische Entscheidungen aus Rücksicht auf finanzielle Zuwendungen oder aus persönlichen Interessen getroffen werden, muß durch eine klare Haltung der Parteien begegnet werden. Sie sollten deshalb klare gesetzliche Regelungen hinsichtlich ihrer finanziellen Grundlagen finden.

Ehrenordnung für Parteien

Um eine mögliche Verfolgung persönlicher Interessen bei der Mandatsausübung zu verhindern, sollten sich die Parteien eine Ehrenordnung geben, wie der Deutsche Bundestag dies bereits getan hat.

Polizeieinsatz und Demonstrationsrecht

Die Kommission ist sich der Spannung zwischen Toleranz und dem Schutz unseres demokratischen Systems bewußt. Dieses Spannungsverhältnis ist besonders deutlich geworden bei den unterschiedlichen Bewertungen von Demonstrationen. In diesem Zusammenhang ist das Verhalten der Polizei häufig kritisiert worden. Ein Teil der Bürger verlangt ein härteres Vorgehen gegen Demonstranten. Andere beklagen sich über eine unangemessene Härte beim Einsatz der Polizei. Die Kommission stellt klar, daß nur friedliche Demonstrationen von der Verfassung geschützt sind. Dieses Grundrecht darf weder eingeschränkt noch mißbraucht werden. Zwischen gewalttätigen und friedfertigen Demonstranten muß stärker als bisher unterschieden werden.

Die Kommission regt an, in Gesprächen zwischen den für die innere Sicherheit zuständigen Ministerien, Behörden und Experten zu prüfen, ob und in welcher Weise Einsatzmethoden der Polizei geändert werden können. Erfahrungen in einigen Großstädten und Erkenntnisse aus der Friedensdemonstration in Bonn vom Oktober 1981 könnten beispielgebend für künftiges Verhalten der Polizei und Demonstranten sein.

Dezentralisierung in der Gesellschaft

Die Kommission geht davon aus, daß unsere Gesellschaft auch in Zukunft arbeitsteilig organisiert sein muß, wenn wir der Verantwortung für ein menschenwürdiges Leben in der Welt gerecht werden wollen.

Dies heißt aber nicht, daß wir die Tendenz zu immer weiterer Zentralisierung und Machtkonzentration in Wirtschaft und Gesellschaft tatenlos hinnehmen müssen. Wo immer es von der Sache her möglich und sinnvoll ist, sollten Entscheidungen nach unten verlagert werden, damit allzu große Machtkonzentrationen vermieden und die Lebensbereiche für die Bürger durchschaubarer gemacht werden. Dies ist für Bestand und Weiterentwicklung der Demokratie unerlässlich, da die Möglichkeit, bei öffentlichen Aufgaben mitzusprechen und zu entscheiden, sie gegebenenfalls sogar selbst zu übernehmen, wesentlich davon abhängt, daß die Bürger Voraussetzungen und Folgen der anstehenden Probleme einigermaßen überblicken können. Darüber hinaus entspre-

chen kleinräumige Organisationsformen dem verbreiteten Bedürfnis der Menschen nach Überschaubarkeit und Geborgenheit.

Kleine Einheiten

Kleine Einheiten sind auch die Voraussetzung der von Jugendlichen erwarteten Selbstverwirklichung: Ein überschaubarer Raum, in dem sie Freiheit und Verantwortung, Gestaltungsmöglichkeiten und Rücksichtnahme gleichermaßen erproben und lernen können, wo sie mit anderen arbeiten, solidarisch zusammen Konflikte bewältigen, leben und lernen und menschlichen Kontakt finden.

Dezentralisierung bedeutet im Bereich der Wirtschaft, daß wirkungsvolle Maßnahmen gegen Konzentration und Zentralisation und zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe getroffen werden müssen. Dezentralisierung im staatlichen Bereich heißt zunächst, daß öffentliche Dienstleistungen möglichst bürgernah erbracht werden müssen.

Dazu schlägt die Kommission vor,

- Aufgaben auf die niedrigstmögliche Ebene der Verwaltung zu verlagern,
- die unteren Ebenen, besonders die Städte, Gemeinden und Kreise finanziell so auszustatten, daß sie ihren vielfältigen Aufgaben nachkommen können,
- Maßnahmen zu ergreifen, um den Wirrwarr der Mehrfachzuständigkeiten abzubauen und
- die Entscheidungskompetenz der Verwaltungsbediensteten vor Ort zu gewährleisten.

Aktives Engagement und demokratische Entwicklung

Aktives Engagement vieler Bürger für unseren Staat ist unersetzlich für eine demokratische Weiterentwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehört auch die Beteiligung an Bürgerinitiativen. Bürgerinitiativen und das Entstehen neuer Parteien zeigen, daß entgegen der Meinung vieler Kritiker das politische System der Bundesrepublik Deutschland flexibel auf die Anliegen der Bürger reagieren kann. Dies wird auch bei den Erfolgen deutlich, die manche Bürgerinitiativen in den letzten Jahren erreicht haben.

Bonn, den 28. April 1982

Wissmann

Hauck

Vorsitzender

Stellv. Vorsitzender

